



Nordstraße 70
18107 Elmenhorst
Telefon 0381-5105300
Mobil 0177-3576035

Steuer-Nr. 079/261/09280
E-Mail: arno.reis@kabelmail.de
www.agrar-mv.de

Agrarpolitik in Bund und EU auf dem Prüfstand

„Eine aktuelle Formulierung bodenmarkt- und agrarstrukturpolitischer Ziele existiert derzeit aber weder auf Ebene des Bundes noch der Länder“ liest man bereits im Bericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Bodenmarktpolitik“ vom März 2015.

Der Bund hat sich inzwischen aus dem Thema Zielstruktur herausgemogelt und überläßt es den Ländern, die sich bisher bei landesspezifischen Agrarstrukturgesetzen blutige Nasen geholt haben. Letztendlich wäre es ein Rückfall in die Zeit vor der Gründung des Deutschen Reiches, wenn jedes Bundesland ein eigenes, mit anderen Bundesländern inkompatibles Agrarstrukturgesetz hätte.

Die EU scheint im Rahmen der GAP-Reform Einfluß auf europäische Landwirtschaftsstrukturen nehmen zu wollen, wenn Direktzahlungen über 100.000 € pro Betrieb ganz wegfallen und bereits ab 20.000 € gestaffelt gekürzt wird. Das könnte einerseits zu einer strategischen Zerlegung von Großbetrieben führen (wenn man nur an die Prämienhöhe denkt), andererseits aber auch zur Bildung noch größerer Betriebe, um mit weiterer Kostendegression die Verluste zu kompensieren.

Ein Segen könnten diese Kürzungen auf der Verwaltungsebene sein, denn wenn weniger Geld zu verteilen ist, dann werden dafür auch weniger Mitarbeiter, auch qualifizierte und bisher einer anderen Verwendung entzogene, benötigt bzw. freigesetzt. Also Verschlankung der Agrarbürokratie bis in Ministerien hinein.

Mecklenburgs Landwirtschaftsminister Till Backhaus jammert bereits, denn rund ein Drittel des bäuerlichen Einkommens in seinem Bundesland stamme aus EU-Zahlungen. Mecklenburg verlöre mehr als 50 % der bisherigen Zahlungen.

Die Direktzahlungen werden traditionell als „Einkommensstützung“ bezeichnet. Sie sollten die Landwirte unabhängiger von den Preisschwankungen auf der Absatzseite machen, damit sie sich weniger auf die Vermarktung konzentrieren. Das ist aber kräftig

in die Hose gegangen. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Bodenmarktpolitik“ stellte im März 2015 fest „... daß zumindest ein Teil der Direktzahlungen zu einer tendenziellen Erhöhung der Pachtpreise und Druck auf den Bein weiteres (verkapptes) Ziel: durch den fixen Einkommensbestandteil die Lebensmittelpreise niedrig halten. Letztendlich eine Verbrauchersubvention. Die konzipierte Reduzierung der EU-Mittel muß dazu führen, daß die Landwirte stärker als bisher kostenorientiert ihre Produkte vermarkten statt sie – wie bisher häufig - abliefern. Damit würden die Konsumgüterpreise steigen, aber nicht in dem Umfang der Abgabepreise für die Primärprodukte (also Getreide, Milch und Fleisch), da der Anteil der Primärprodukte am Endprodukt teilweise verschwindend gering ist. Denn je höher ein Lebensmittel industriell verarbeitet ist, desto geringer ist der Anteil des landwirtschaftlichen Primärprodukts.

Der Trend zum Einkommensmix der Landwirtschaftsbetriebe würde zunehmen. Von der Direktvermarktung bis zur Energieproduktion. Immerhin verfügen Landwirte sowohl über das Eigentum als auch über die Kenntnis geeigneter Flächen. Bisher werden Windkraft, Solar oder Biogas immer als Einzelprodukt konzipiert. Die Integration der verschiedenen Energieformen ist ein Zukunftsmodell.